



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893 — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk. bei Planvorschrift 2.30 Mk., Familiennachrichten, die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Drohende Ministerkrise wegen der Beamtenforderungen?

Berlin, 9. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt erfährt von unterrichteter parlamentarischer Seite: Die Deutschnationalen hatten im Hauptauschuss den Antrag gestellt, den Beamten einen zehnprozentigen Teuerungszuschlag und 80 Prozent Kinderbeihilfe in der Detoklasse A 70 Prozent in der Detoklasse B und 60 Prozent in der Detoklasse C zu bewilligen. Sie beabsichtigen, den Antrag in der heutigen Sitzung zu wiederholen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie unter keinen Umständen diesen zehnprozentigen Teuerungszuschlag bewilligen könne. Wird der Antrag der Deutschnationalen heute tatsächlich gestellt, so wird er wahrscheinlich von den Mehrheitssozialisten angenommen. Es wäre dann eine Mehrheit für den Antrag gegen die Stellungnahme der Regierungsparteien vorhanden. Die letzteren haben sich nach wiederholter Rücksprache mit der Regierung mit deren Zugeständnissen, die auch die Billigung des Reichstages haben, und die weiter gehen als die Beschlüsse des Hauptauschusses, einverstanden erklärt. Dagegen wird von deutschnationaler Seite beabsichtigt, einen Antrag zu stellen, der einen allgemeinen Teuerungszuschlag vorsieht, die Kinderzulagen aber nicht mehr in der Höhe gewährt, wie sie von den Regierungsparteien vorgeschlagen sind. Die Mehrheitssozialisten stellen den Antrag, einen allgemeinen Teuerungszuschlag einzuführen und daneben Sätze für die Kinderbeihilfe vorzuschlagen, die ursprünglich in der Regierungsvorlage enthalten waren.

Diese Darstellung des Tagesblattes soll offenbar dazu dienen, die sehr schwache Haltung der Regierung in der heutigen Menarche zu kritisieren. Das Tagesblatt bemerkt zu diesen Ausführungen: Nach diesen Ausführungen sind also bisher deutschnationale und Mehrheitssozialisten nicht gewillt, auf den Boden des Kompromisses zu treten, das die Koalitionsparteien nach langwierigen Verhandlungen mit der Regierung endlich zustande gebracht haben. Verharren sie auf ihrem Standpunkte, so ist eine Ministerkrise geschaffen; denn der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat keinen Zweifel gelassen, daß er in diesem Falle die Konsequenzen der parlamentarischen Situation ziehen wird. Sein Rücktritt würde voraussichtlich zugleich den Rücktritt der Regierung Fernbach bedeuten. Demgegenüber will die Volkszeitung wissen, daß zwar Zwischenfälle und Überraschungen nicht ausgeschlossen sind, daß aber wohl eine Krise im Reichsfinanzministerium nicht eintreten wird. Sie erklärt: Es ist die Meinung aufgetaucht, daß Reichsfinanzminister Wirth einen über die Vereinbarungen im Haushaltsauschuss hinausgehenden Beschluß des Reichstages mit seinem Rücktritt beantworten werde. Nach unseren Informationen ist dies unwahrscheinlich. Der Reichsfinanzminister würde allerdings heute im Reichstage die Beschlüsse des Haushaltsauschusses mit aller Energie vertreten und Bedenken gegen eine weitergehende Bewilligung geltend machen, die nicht nur von ihm kommen, sondern auch von den Finanzministern der Einzelstaaten.

Die Note Fahnke, die nunmehr auch endlich den drohenden Konflikt zwischen den Beamten und der Reichsregierung bemerkt hat, benutzt jetzt die Gelegenheit zu dem Versuch, die Beamten für sich zu gewinnen. Sie veröffentlicht eine Mitteilung, die ihr angeblich aus Beamtenkreisen zugeht und in der es heißt, daß alle Parteien des Reichstages, nicht zuletzt auch die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen, die Forderungen der Beamten scheinbar nur deshalb unterstützen, um den Endkampf des Streiks abzuwenden. Die Zufahrt fordert dann die Beamten auf, die Rundgebung des Gründungsparteitag der vereinigten KPD zur Grundlage ihres Kampfes zu machen. Die Beamten sollen sich also einengen für die kommunistischen Lösungen.

Protest der Beamten gegen das Streikverbot

Berlin, 9. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vorwärts veröffentlicht eine Protesterklärung des Zentralverbandes deutscher Post- und Telegraphenbediensteten des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Abteilung Post, des Verbandes Deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und -handwerker und des Verbandes des bayrischen Post- u. Telegraphenpersonals. In diesem Protest fragen die Verbände zunächst an, ob es richtig ist, daß der Reichspostminister auf die Oberpostdirektion folgende Verfügung erlassen hat: Gegen Beamte, die streiken, oder Untertun zum Dienst kundtun, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eröffnet. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden strafflos entlassen. Die Protesterklärung fährt fort: Trifft der Erlass der Verfügung zu, so wird von den hier unterzeichneten Arbeitnehmerorganisationen an den Herren Reichspostminister die weitere Frage gerichtet: Warum ist mit den Führern dieser Organisationen der Beamten und Lohnangehörigen nicht vor dem Erlass in einer gemeinsamen Sitzung Stellung genommen worden, um zu einer Klärung zu kommen? Es wirkt ferner bestrebend, daß den hier in Frage kommenden Arbeitnehmerorganisationen der Beamten und Lohnangehörigen bis zum heutigen Tage keine Abschrift vom dem Erlass zugeföhrt worden ist. Die hier unterzeichneten Arbeitnehmerorganisationen erheben ganz entschieden Protest gegen ein derartiges Vorgehen und wagen zu behaupten, daß dies einen Verstoß gegen das Koalitionsrecht und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Beamten und Lohnangehörigen des Betriebes der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bedeutet. Einmütig bitten wir durch elenhandliche Unterschrift für die hier in Frage kommenden Organisationen zum Ausdruck: Wird den mit Recht erhobenen Forderungen der Beamten und Lohnangehörigen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung nicht Rechnung getragen, dann sehen wir uns genötigt, den von uns unterzeichneten Protest auch gegen den Erlass der Minister-Verfügung mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

Berlin, 9. Dezember. Die zwischen den Eisenbahnerverbänden und der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen sind bisher zu Beschlüssen nicht gelangt. Eine Klärung der Verhältnisse dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Das bayrische Verkehrspersonal hat erklärt, es werde unter keinen Umständen der Aufforderung zum Streik folgen.

Die deutsche Regierung zur Brüsseler Konferenz.

Berlin, 8. Dezember. (Amtlich.) Das Reichskabinett hat sich heute mit den Vorarbeiten für die Brüsseler Sachverständigenkonferenz beschäftigt und dabei die Voraussetzungen erörtert, unter denen die Entsendung der deutschen Sachverständigen erfolgen würde. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Annahme der Einladung würde die sein, daß die Verhandlungen der Sachverständigen in Brüssel nur als Vorarbeit für die in Aussicht gestellte Konferenz bevollmächtigter Regierungsvertreter in Genf zu gelten haben würden. Als Berater der deutschen Delegierten bei der Zusammenkunft in Brüssel sind in Aussicht genommen Generaldirektor Cuno, Generaldirektor Woesler, Reichsbankpräsident Dr. Havenstein, Dr. Karl Melchior, Direktor v. Siraub, bayrischer Staatsrat v. Meinel, Geh. Oberregierungsrat v. Flotow, Professor Bonn und ein Vertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 8. Dezember. Die deutsche Friedensdelegation ist beauftragt, auf die Einladungsnote für Brüssel der französischen Regierung eine Note zu übergeben, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung zu der Zusammenkunft, die die Frage der von Deutschland nach dem Friedensvertrage von Versailles geschuldeten Reparationen vorbereitend präparieren soll, Staatssekretär Bergmann und der Großindustrielle Karl Friedrich v. Siemens als Delegierte entsenden wird. Die deutsche Regierung geht von der Voraussetzung aus, daß durch die Zusammenkunft von Brüssel an der in der Schlussföhrung der Konferenz von Spa vereinbarten Konferenz zur Prüfung der von Deutschland in der Reparationsfrage gemachten Vorschläge nichts geändert wird. Mit Rücksicht darauf, daß Staatssekretär Bergmann zurzeit noch in Paris durch dringende Verhandlungen in Anspruch genommen ist und die deutsche Regierung mit ihm noch vor der Brüsseler Zusammenkunft eine Besprechung in Berlin haben wird, werden die deutschen Sachverständigen nicht vor dem 16. Dezember in Brüssel sein können.

Wahlniederlage der Petersburger Kommunisten.

O. E. Helsingfors, 8. Dezember. Die Petersburger Wahlen in die Arbeiter- und Bauerninspektion, die bisher eine Mehrheit für die „Parteilosen“ ergeben hatten, bringen auch in ihrem weiteren Verlauf günstige Wahlergebnisse für die „Parteilosen“. Unter dieser Bezeichnung sammeln sich die mit dem Kommunismus unzufriedenen Elemente der Arbeiterschaft. Nur von den mittelständischen Organisationen werden vereinzelt Kommunisten gewählt. Das Zentralorgan der Gewerkschaften, der Petersburger Trud, verzichtet in einem Leitartikel auf die Forderung, daß unbedingt Kommunisten in die Arbeiter- und Bauerninspektion gewählt werden müßten; er ruft lediglich zur Wahl ehrlicher Männer auf. Außer der Kältischen Straßenbahn, den Wasserfabriken und dem Elektrizitätswerk sind noch vom Wohnungsamt, der Fabrik Beha und von sechs Brotfabriken ausschließlich „Parteilose“ gewählt worden.

Schwierigkeiten bei der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten.

Wien, 6. Dezember. Bei der Wahl des Bundespräsidenten der Republik Oesterreich erhielt der christlichsoziale Kandidat Kienböck 103 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat Seih 85 Stimmen und der großdeutsche Kandidat Dinghofer 27 Stimmen. Da trotz den drei Wahlgängen kein Kandidat die absolute Mehrheit erhielt, wurde die Sitzung der Nationalversammlung unterbrochen. Ein vierter und fünfter Wahlgang hatten ungefähr das gleiche Ergebnis wie die vorhergegangenen. Nachdem die hierauf aufgenommenen Besprechungen zwischen den Parteien ohne Ergebnis geblieben waren, wurde die Sitzung verlagert.

Die Volksabstimmung in Griechenland.

Athen, 8. Dezember. (TU.) Nach amtlichen Informationen haben sich bei der Volksabstimmung nur 20 Prozent gegen die Rückkehr Konstantins nach Griechenland ausgesprochen. In Thrazien stimmte man mit wenigen Ausnahmen für König Konstantin. In Saloniki haben sich 20 000 Personen an der Abstimmung beteiligt.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat.

Von R. Ditter (Bochum). Die Geschäftsstelle des Ruhrbergbaues ist das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat, Sitz in Essen an der Ruhr. Aus dem ganzen Ruhrbergbau laufen stündlich alle Berichte über Kohlenproduktion, alle Fäden beim Kohlen-Syndikat zusammen. Hier werden sie verbunden und zu einem gewaltigen Netz entwickelt. Während unten in der Tiefe die Bergknappen wie die Würmer an dem großen Berg, an den schwarzen Diamanten herumzogen, sie sprengen, in die Förderwagen schaufeln und zutage schieben, arbeitet der Draht beim Kohlen-Syndikat unaufhörlich. Kaum sind die Bergarbeiter in die Tiefe hinabgefahren, und schon meist der Draht der einzelnen Zechen dem Kohlen-Syndikat die mutmaßliche Zahl der Tonnen Kohlen, die auf Grund der angefahrenen Bergarbeiter zutage gefördert und dem Kohlen-Syndikat von der Zeche zur Verfügung gestellt werden. Auf Grund des Sollsystems stimmt die Kalkulation der Betriebsleiter der Zechen auffallend. Das Kohlen-Syndikat kauft den Zechen die Kohlen und den Koks ab und zahlt ihnen dafür festgesetzte Preise (Nichtpreise). Das Kohlen-Syndikat handelt mit den Kohlen weiter. Welche Preise es für Kohlen und Koks im Inlande und auf dem Weltmarkt bis zum Kriegsausbruch erhielt, blieb und bleibt heute noch ein Geheimnis. Niemand hatte das Recht gehabt, danach zu fragen, was für Geschäfte das Kohlen-Syndikat mit den Kohlen machte, die es für festgesetzte Nichtpreise den Zechen abkaufte. Je nachdem, wie die Nachfrage und Konkurrenz die Kohlenpreise beeinflusste, trieb das Kohlen-Syndikat seine Preispolitik. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat vor dem Kriege die Ruhrkohle in Paris und andern Ländern billiger verkaufte als im Ruhrgebiet selbst, wo die aus der Tiefe geförderten Kohlen beinahe noch nicht erkalteten, ehe sie den Käufer erreichten. Je näher an der Zeche, je teurer war die Kohle, da hier die fremde Konkurrenz völlig ausgeschlossen und verdrängt wurde. Was hier zuviel an Preisen angenommen, um soviel konnte das Kohlen-Syndikat in Paris die Ruhrkohlen billiger verkaufen, und somit kam ein Ausgleich zwischen billigen Ruhrkohlen im Ausland und hohen Preisen im Inlande zustande. Das Kohlen-Syndikat kam durch diese wohl berechnete Preispolitik jedes Jahr zu Riesengewinnen, die in die hunderte Millionen Mark gingen. Was nicht der Kohlenhandel an Gewinn dem Kohlen-Syndikat brachte, wurde durch Abzug, der den syndikalisierten Zechen gemacht wurde, ersetzt. Im Umlageverfahren wurden den Syndikalisierten 12 Prozent in Abzug gebracht.

Wie ein Uhrwerk funktionierte dieser kapitalistische Apparat. Das Kohlen-Syndikat setzte einen Monat im voraus die Ruhrkohlenproduktion der Syndikalisierten fest und bestimmte selbst die Nichtpreise, die es an die Syndikalisierten zahlte. Die Sozialisierung des Bergbaues, die demnachst unter allen Umständen durchgeführt werden muß, wird an dieser Geschäftsstelle des Ruhrbergbaues, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat, nicht vorbeigehen dürfen. Diese kapitalistische Einrichtung muß unter allen Umständen in die Dienste der Allgemeinheit überführt werden. Ohne solche Zentrale, wie es das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat ist, würde die Sozialisierung des Bergbaus Schiffbruch leiden. Daher ist es jetzt sehr notwendig, über das Problem der Uebernahme des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats für die Allgemeinheit sich klar zu werden und demnach alle Maßnahmen sofort zu ergreifen. Dadurch würde die Sozialisierung des Bergbaus wesentlich erleichtert werden.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat ist im Jahre 1899 gegründet worden. Nach den siebziger Jahren, als die französischen Milliarden in die deutschen Lande flossen, setzte eine wilde Gründerzeit ein. Diesen wilden Gründungen von Aktien-gesellschaften, dem massenhaften Abteufen von Kohlen-schächten, dem wilden und planlosen Draufloswirtschaften folgte damals eine mächtige wirtschaftliche Krise im Ruhrbergbau, die beinahe den vollständigen Zusammenbruch bedeutete. Um aus der damals für das Grubenkapital katastrophalen Lage herauszukommen, schritt man zur Gründung des Kohlen-Syndikats. Vorher bestand das 1890 gegründete Kohlen-Syndikat, Sitz Bochum. Es waren 016 Zechen mit einer Beteiligung von 33,6 Millionen Tonnen jährlich, die dem Kohlen-Syndikat sofort beitraten. Zwölf Hüttenzechen mit einer Jahresförderung von 3,3 Millionen Tonnen, 22 Zechen, welche unter 10 000 Tonnen jährlich förderten, und das Bergrevier Donabrück blieben dem Kohlen-Syndikat fern. Ueber den Zweck der Gründung schrieb die kapitalistische Rheinisch-Westfälische Zeitung in ihrer Nummer 109 vom 16. Februar 1913:

„Die Entstehung des Kohlen-Syndikats ist vor allem auf die Absicht zurückzuführen, den westfälischen Bergbau wieder nutzbringend zu gestalten und die darin angelegten gewaltigen Kapitalien nicht unverzinst zu lassen.“ Die Kapitalien nicht unverzinst lassen, dieser Satz besagt alles. Diesem Leitmotiv sind die Grubenbesitzer leit der Grün-